Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik

Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen

2. Hälfte November 2022

16. November

Die Herzchirurgie am Unispital ist immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Offen ist, ob der neue Herzchirurgie-Chef sich mit seinem Vorgänger ad Interim verstehen, oder ob Letzterer das Spital verlassen wird. Nun gibt auch der CEO des Spitals seinen Rücktritt auf Mitte 2023 bekannt. Die Leitung eines solchen Spitals stellt eine happige Herausforderung dar, setzt das Spital doch immerhin knapp 1,5 Milliarden Franken im Jahr um. Immerhin verdient so ein CEO über 600'000 Franken pro Jahr.

17. November

Die Herzchirurgie vom Universitätsspital und vom Stadtspital Triemli erhalten einen gemeinsamen Chef in der Person von Prof. Dr. med. Dr. h.c. Omer Dzemali, dem bisherigen Chefarzt der Herzchirurgie vom Triemli. Dies soll auch zu einer vertieften Kooperation der beiden Institutionen führen. Dafür muss nun der interimistische Chefarzt am Unispital über die Klinge springen und das Spital mit Amtsantritt des neuen Chefs verlassen.

Der Gemeinderat stellt sich hinter eine Forderung der Linken, wonach Public Viewings auf öffentlichen Plätzen nicht zu erlauben seien. Die Rechte spricht von Symbolpolitik und Verbotskultur.

18. November

Der gestrige Beschluss des Gemeinderates hat Folgen. Die Sicherheitsvorsteherin verweigert einem Veranstalter das Übertragen von WM-Spielen auf öffentlichem Grund.

Klimademonstrierende werden vom Bezirksgericht immer mal wieder freigesprochen. Das Obergericht hingegen bestätigte bislang die erstinstanzlichen Verurteilungen.

19. November

Zürich und Winterthur siegen gegen den Kantonsrat vor Bundesgericht. Der Kantonsrat und dann der Regierungsrat wollten den Städten und Gemeinden die Planungshoheit über bauliche Massnahmen in ihren Kommunen wegnehmen. Das Gesetz geht zurück an den Kantonsrat.

Die kantonalen Spitäler bezahlen ihren Mitarbeitenden einen Teuerungsausgleich von 3 Prozent. Zusätzlich werden fünf Millionen Franken bereitgestellt, um «die Löhne von treuen Mitarbeitenden in der Pflege und in medizinisch-technischen und -therapeutischen Berufen auf das Marktniveau anzuheben.»

Wieder einmal hat das Obergericht ein Urteil gegen Klimaaktivist:innen verschärft. Sie erhalten bedingte Strafen zwischen 40 und 60 Tagessätzen zu je 30 Franken. Die Aktivist:innen hatten im Juli 2019 den Eingang zur Credit Suisse am Paradeplatz blockiert. Die Freiheit der Bankkriminellen wird also höher gewichtet als der Schutz unserer Umwelt.

Das Haus Konstruktiv am Standort Selnau sollte ja gemäss Stadtrat ausziehen. Nun haben sich rund 60 prominente Unterzeichnende gegen diesen Stadtratsbeschluss ausgesprochen. Neben dem Museumsdirektor der Fondation Beyeler in Riehen sind zwei frühere Stadtpräsidenten unter den Unterzeichnenden. Zusätzlich sind viele bekannte Namen aus der Kulturszene mit dabei. Es dürfte sich hier ein langwieriger Kampf abzeichnen.

22. November

Die Verluderung unserer Rechtspflege schreitet munter voran. Jener Bezirksrichter, der in der Vergangenheit Klimaaktivist:innen frei gesprochen hat und ihr Anliegen höher gewichtet hat als der reibungslos funktionierende Verkehr wird vom Obergericht als befangen erklärt und von zukünftigen

Prozessen gegen Aktivist:innen ausgeschlossen worden. Die Staatsanwaltschaft, auf deren Betreiben hin das Obergericht so entschieden hat, beweist sich als ein Element rückwärts gerichteter Ideologien, unfähig die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Im neuen Masterplan Hauptbahnhof/Zentral ist vorgesehen, dass die Plätze in Zukunft den Fusgänger:innen vorbehalten bleiben sollen. Der Autoverkehr soll möglichst eingeschränkt und zum Teil unter den Boden verlegt werden. Ein grosses, anspruchsvolles Projekt.

23. November

Der Pächter der Sihlhalle am Fluss in der Nähe des Escher-Wyss-Platzes hat es sich plötzlich anders überlegt und dem Verein «Zum Glatten Köbi», der nebst einer Bar auch ein Public Viewing der Fussball - WM-Spiele geplant hatte, die Tür gewiesen. Neben der Rede von Infantino sei es vor allem das Verbot der «One Love»-Captainbinde gewesen, die zu dieser Entscheidung geführt habe.

25. November

Der Zürcher Staatshaushalt erhält von der internationalen Rating-Agentur Standard & Poor's erneut die bestmögliche Bewertung «AAA» (=Triple A») Die Aussichten werden als «stabil» bewertet.

Das Demokratieverständnis unseres Staates: Teilnehmende an unbewilligten Demonstrationen, denen die Polizei hat habhaft werden können, werden in Zukunft von der Kantonspolizei eine Rechnung erhalten, wie der zuständige Sicherheitsdirektor Mario Fehr bestätigte. Das kann sich auf mehrere Hunderttausend Franken beziffern. Die Stadtpolizei sieht dies anders. «Es gehört zum Grundauftrag der Polizei, Demonstrationen zu begleiten, das wird nicht verrechnet» heisst es von Seiten der Stadtpolizei. Die SVP hat eben eine kantonale Volksinitiative eingereicht, die fordert, dass auch die Gemeinden die Regelung des Kantons übernehmen müssen.

26. November

Die Besitzerin des Limmathauses hat offenbar bei einer Bank den nötigen Kredit für den Umbau des Hauses gefunden und ist somit nicht mehr auf die Unterstützung der Stadt und der Politik (Gemeinderat!) angewiesen. Damit dürfte das Schicksal des X-tra besiegelt und er Weg für das Projekt «Impact Hub» frei sein.

28. November

Ein Zufallsmehr von 703 Stimmen gab den Ausschlag für den Gegenvorschlag zur «Gerechtigkeitsinitiative» der SVP. Gemäss diesem Gegenvorschlag kann die Zürcher Bevölkerung pro Erwachsenem 300 Franken mehr für Krankassenprämien bei der Steuererklärung abziehen, bei der SVP-Initiative wären es 1'000 Franken gewesen.

29. November

Beim Innovationspark auf dem Flugplatz Dübendorf geht es voran. Der Kantonsrat hat 100 Millionen Franken für dieses Projekt bewilligt. Opposition gab es von Seiten der Grünen und von einzelnen Vertretern der SVP.

Ab dem kommenden Jahr werden die Kindergärtner:innen im Kanton Zürich in der gleichen Lohnklasse wie Primarlehrpersonen entschädigt. Allerdings erhalten die Kindergärtner:innen für ein volles Pensum von 100 Prozent nur 90 Prozent des Maximallohnes. Der Kampf für gleiche Löhne wird also weiter gehen.